

# Warten auf den grossen Wurf

**Deutschland** Angela Merkels verordnete Schonhaltung verhindert rasche Reformen



MARTINA OHM, BERLIN

Dieses Frühjahr hat Deutschland nicht weitergebracht. Die relativ robuste Wirtschaft, volle Auftragsbücher und gute Gewinne kaschieren das. Und die gewollte Freundlichkeit, die das Bild im Berliner Regierungsviertel beherrscht. Die Grosskoalitionäre, Union und SPD, tun sich nicht weh. Die bunte Opposition wirkt müde. Dynamik sieht anders aus.

Die Hoffnungen auf den grossen Wurf der Regierung Merkel jedenfalls haben sich verflüchtigt. Und das diffuse Gefühl macht sich breit, dass die Kabinettsmitglieder vor allem eines im Sinn haben: die Legislaturperiode mit Anstand zu Ende zu bringen. Frei nach dem Motto: heute Kompromisse auf kleinstem Nenner und morgen Wahlkampf mit mehr Profil.

Wie viel greifbarer Fortschritt für Deutschland durch eine solche Schonhaltung verhindert wird, bleibt abzuwarten.

Am Beispiel des chronisch überforderten Gesundheitssystems zeigt sich, wie verlockend es nach wie vor ist, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Und dem Bürger die Zeche zu überlassen. Gesundheits-Soli, Mehrwertsteuer, Reichensteuer. Die Republik hat ihre alten Themen wieder.

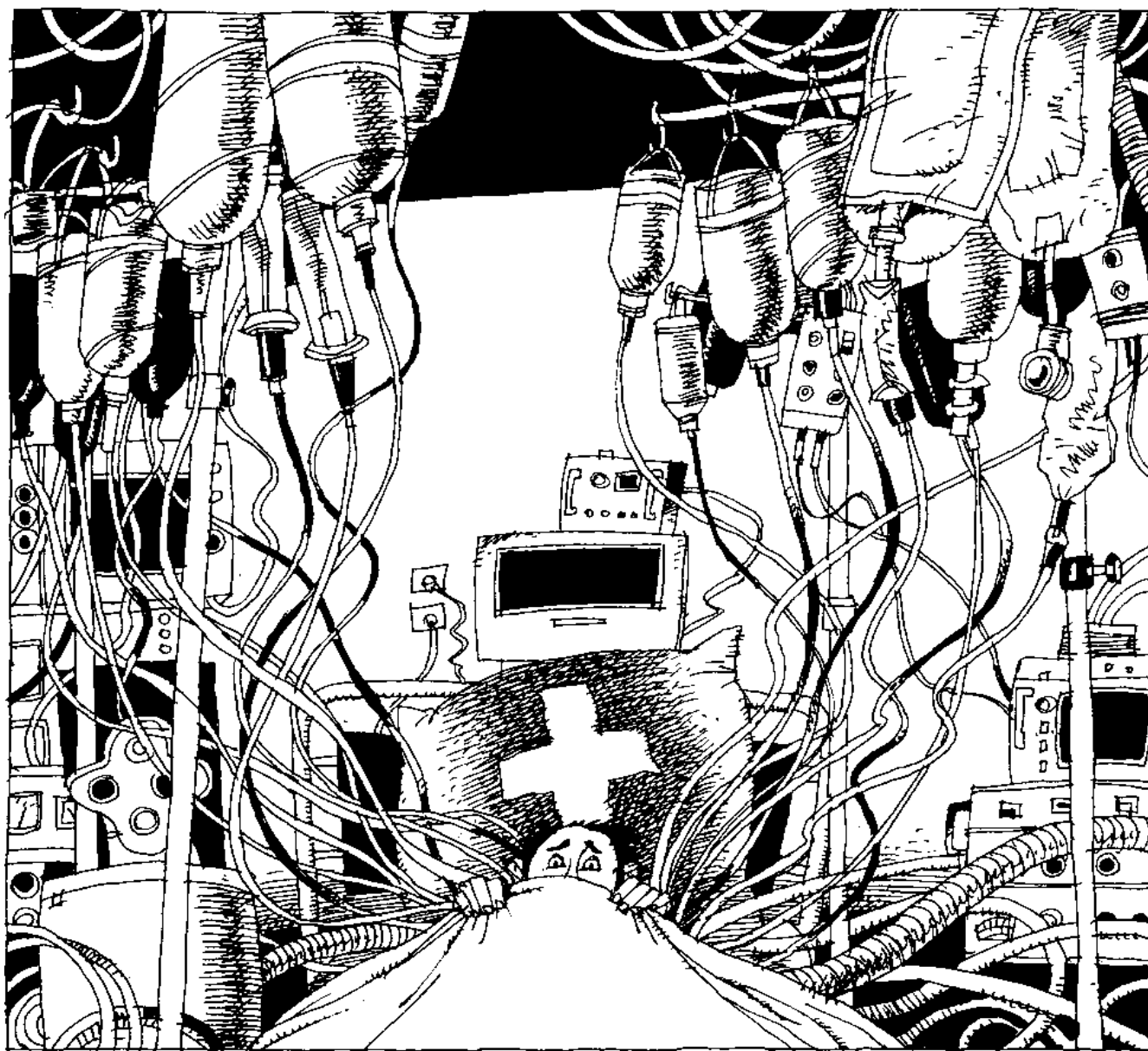
Vor allen Dingen die Sozialdemokraten, die nach dem so respektablen wie traurigen Rückzug von Matthias Platzeck an der Spitze viel, wöglichlich zu viel, preisgeben müssen. Rückwärts statt vorwärts. Dieser Eindruck drängt sich überall auf, auch

wenn man offiziell andere Predigten hört. Der laute Ruf nach mehr Geld für den Staat jedenfalls wird die Probleme des Landes auf Dauer nicht lösen. Daran glaubt selbst die Gerechtigkeitspartei SPD nicht mehr. Trotz Forderungen ihres neuen Vorsitzenden Kurt Beck.

Die aktuellen Debatten zeigen indes, wo und wie stark jenseits der zahlreichen Reformbaustellen und über das normale Geschäft mit Arbeit, Wirtschaft und Haushalt hinaus die Grosskoalitionäre jetzt gefordert wären: die Gewalt an den Schulen, nicht nur an der Rütli-Schule im sozialen Brennpunkt Neukölln, das in den Augen der Öffentlichkeit zu lasche Urteil im Berliner Ehrenmordprozess, die Attacke Rechter in Potsdam, die einen Deutschafrikaner halb tot geschlagen haben. All das hat die Diskussion über Ausländer und Integration neu belebt. Wegschauen geht nicht mehr. Schon gar nicht im Jahr der Fussball-WM.

Die kleinliche Angst vor Imageschaden, den Neonazis und Rechte im über Jahre entpolitierten Osten dem Standort Deutschland zufügen könnten, aber geht am Kernproblem vorbei. Bereitschaft zur Gewalt und zur Diskriminierung wächst in jeder Gesellschaft, die zu viele Bürger sich selbst überlässt und keine Perspektiven bietet. Ob Hauptschüler ohne Abschluss, Kinder aus Flüchtlingsfamilien oder Fünfzigjährige ohne Job: Sie alle brauchen eine kreative Gesellschaft, eine starke Demokratie. Hier muss die Regierung Merkel investieren. Mutig und ohne Aufschub.

ausland@azag.ch



CLAUS KNEZY

# Und es bewegt sich doch

**Gastautor** Vorschläge für echte Reformen im Gesundheitswesen



HEINZ LOCHER

Fast alle beklagen sich. Unser Gesundheitswesen sei unreformierbar geworden. Wie wahr! Ein Blick auf die Leidensgeschichte der Versuche, das Krankenversicherungsgesetz (KVG) zu revidieren, belegt dies.

Erster Akt: Grandioses Scheitern der zweiten KVG-Revision im Dezember 2003. Ein Staatsbegräbnis dritter Klasse im Nationalrat aus Angst vor dem eigenen Mut, den grossen Wurf zu wagen. Also keine Neuregelung der Leistungsentscheidung der Spitäler, irreführenderweise «Spitalfinanzierung» genannt, keine neue Rollenzuteilung an Krankenversicherer und Kantone bei der Bezeichnung der zugelassenen Leistungserbringer, in ebenso irreführender Weise «Spitalplanung» und «Leistungsaufträge» genannt.

Zweiter Akt: Paketversion. Aufteilung der Vorlage in acht Pakete (oder sind es neun, zehn, elf?). Verdaulichere Häppchen? Im Gegenteil: Die Rolle des Suppenkassars ist mehrfach besetzt: «Diese Reformsuppe mag ich nicht.» – «Und ich jene nicht.»

Im Hintergrund Donnerrollen: Volksinitiativen drohen mit Einheitskasse, einkommensabhängigen Prämien, Kürzungen des Leistungskatalogs. Wohnen wir einem dramatischen Schauspiel oder einer Schmierkomödie bei? Eines ist sicher, die Regeln des KVG müssen den gemachten Erfahrungen und neuen Entwicklungen angepasst, falsche Rollenzuteilungen und Verhaltensanreize korrigiert werden. Die Mehrfachrolle der Kantone als Regulierer, Finanzierer, Eigentümer und Schiedsrichter muss endlich bereinigt werden. Es gilt, sich zwischen plan- und marktwirtschaftlichen Elementen zu entscheiden. Planwirtschaft oder Wettbewerb? – so lautet die Frage. Sind Versicherte und Patienten wirklich so hilflose Wesen, denen weder vermehrte eigene Entscheide über Versicherungs- oder Arztwahl noch höhere Zu-

zahlungen (Franchise, Selbstbehalt) zugemutet werden dürfen? Oder sind sie mündige Konsumentinnen und Konsumenten wie in andern Lebens- und Wirtschaftsbereichen?

Parallel zu den zwingend nötigen Reformen «durch den Haupteingang» der Gesetzesänderungen müssen auch weniger spektakuläre, aber kurzfristig wirksame Nebenpfade begangen werden. Drei Ansätze sollen diesen Weg illustrieren:

Ansatz 1: Anstatt hartnäckig verteidigte Besitzstände generell aufzuheben, kann erwünschtes Verhalten belohnt werden. Bereits eingeführt: Wer Generika benutzt, wo dies möglich ist, bezahlt weniger Selbstbehalt. Noch zu realisieren: Wer ein Hausarztmodell wählt, anstatt auf das «Recht» zu pochen, für das gleiche Leiden gleichzeitig mehrere Ärzte unkoordiniert zu beanspruchen, wird nachträglich an den Einsparungen beteiligt. Prämienbeiträge an wirtschaftlich schwächere Personen orientieren sich an den Ansätzen

## Die verwirrende Mehrfachrolle der Kantone als Eigentümer, Regulierer, Schiedsrichter und Finanzierer von Leistungen muss bereinigt werden

der Versicherer mit den günstigsten Angeboten und nicht an kantonalen Durchschnittsprämien.

Ansatz 2: Experimentierartikel in der Gesetzgebung. Neuerungen werden schlecht gemacht, bevor ihnen auch nur eine Chance gegeben worden ist, sich zu bewähren. Vor dem In-Kraft-Treten des KVG konnten die HMO (Gruppenpraxen mit Budgetverantwortung) aufgrund einer speziellen Verordnung unter bestimmten Auflagen betrieben werden. Zu diesen Auflagen gehörte die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation. Ein ähnlicher Ansatz zeichnet sich für die Zulassung ausländischer Leistungserbringer im Grenzraum zwischen Deutschland und der Schweiz ab. Diese Beispiele sollten vermehrt werden. So könnten Krankenversicherer von sich aus die Freizügigkeit der Arzt- und Spitalwahl über die Kantongrenzen hinaus wagen.

Ansatz 3: Das geltende Gesetz konsequent anwenden. Die Praxis so genannter Billigkassen, interessierte Personen mit «schlechten Risiken» abzuwimmeln, erfolgt entgegen anderweitigen Behauptungen systematisch, flächendeckend. Die Computersoftware der Versicherer ist entsprechend programmiert. Ältere Personen, welche nur eine Grundversicherung wollen und die niedrigste Franchise wählen, werden aus dem Anmeldeprozedere eliminiert. Was bei Banken schon längst Praxis ist, sollte auch bei Krankenversicherern eingeführt werden. Manager, die Regelverstöße begehen und damit nicht mehr vertrauenswürdig sind, werden durch die Aufsichtsbehörde sanktioniert. Im Wiederholungsfall droht die Rote Karte. Dies bedeutet, dass sie keine entsprechenden Funktionen mehr wahrnehmen dürfen. Ein Tarifvorschlag: Der Bussenrahmen pro abgemerktes «schlechtes Risiko» sollte auf 10 000 bis 20 000 Franken pro Fall festgelegt werden. Das entspricht den

Kosten, welche echte schlechte Risiken verursachen könnten und welche die Krankenversicherer durch ihr missbräuchliches Verhalten zu vermeiden suchen. Nötigenfalls müsste Krankenversicherern, wie heute schon Banken oder Anlagefonds, die Betriebsbewilligung entzogen werden.

Was bringt all das den einzelnen Versicherten und Patienten? Mindestens drei Vorteile: Erstens ein kleineres Risiko, dass das ganze System eines Tages unfinanzierbar wird und nicht mehr funktioniert. Zum Zweiten mehr Wahlmöglichkeiten und eine bessere Patientenorientierung aller Leistungserbringer infolge grosserer Wettbewerbsdrucks. Und schliesslich – selbst wenn vorübergehend durch die Marktöffnung Umstellungen bei Aargauer Spitalern und Kliniken nötig werden könnten – leistungsfähigere eigene Betriebe mit besseren Zukunftsaussichten.

Heinz Locher, ehemaliger Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik, heute selbstständiger Berater in Bern.

# Aargauer Nein zu Bildungsartikeln?

**Wider den Trend** Es formiert sich Widerstand gegen Fremdbestimmung bei Schulstrukturen



HANS FAHRLÄNDER

Es sei, heisst es, ein langweiliger Urnengang, diese Abstimmung vom 21. Mai. Es seien ja kaum Gegner auszumachen, die Materie sei völlig unbestritten. Für die meisten der revidierten Bildungsartikel stimmt dies. Doch da ist dieser Artikel 62, Absatz 4, welcher die Kantone verpflichtet, ihre Schulstrukturen zu harmonisieren. Rund 20 Kantone haben bereits einheitliche Strukturen, für sie ist auch dieser Artikel kein Aufreger. Anders im Aargau. Bei einem Ja am 21. Mai muss er seine Strukturen der Mehrheit anpassen. Dass der Aargau deshalb mehr Nein-Stimmen beisteuern würde, war schon lange klar. Doch diverse Aktivitäten in jüngster Zeit lassen nun sogar eine Ablehnung in den Bereich des Möglichen rücken. Die SVP beschliesst im Verhältnis von 3 zu 1 die Nein-Parole, Lehrkräfte rufen offen oder verdeckt zum Widerstand auf, mehrere Organisationen, so die Aargauische Stiftung für Freiheit und Verantwortung, engagieren sich im Widerstand. Dazu sagt eine neue Studie, immer weniger Familien wechseln den Kanton. Damit schwächtelt ein Hauptargument für die Schulharmonisierung. Indes: Das Mobilitätsargument kann und will nicht Hauptmotiv für ein Ja sein. Sondern: Die Bündelung der Bildungsanstrengungen von Bund und Kantonen ist in einem globalisierten Umfeld Grundvoraussetzung zum Vorne-Mithalten. Und: Ein Aargauer Nein zu den Bildungsartikeln nützt nichts. Denn das Ja des Landes ist gesichert. Auch wenn die Fremdbestimmung für uns eine bittere Pille ist: Konzentrieren wir unsere Anstrengungen darauf, unter veränderten Rahmenbedingungen inhaltlich das Beste aus unserer Schule zu machen. Und bedenken wir stets: Der Einfluss der Strukturen auf den Schulerfolg ist marginal. hans.fahlaender@azag.ch